

SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

PROTOKOLL

der 37. Sitzung

Datum: Montag, 8. Dezember 1997

Zeit: 19.00 bis 21.30 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Kurt Schwaighofer

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 33 Mitglieder

Abwesend: Patricia Condoleo (berufliche Abwesenheit)
Leo Wehrli (berufliche Abwesenheit)
Beat Zimmermann

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Genehmigung Voranschlag 1998 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

1. Mitteilungen

keine

2. Genehmigung Voranschlag 1998 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes

F 4.6.7

Ratspräsident Kurt Schwaighofer orientiert über das Vorgehen. Es wird zuerst eine Eintretensdebatte geführt, danach wird über die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen, dann über die Investitionsrechnung im Finanzvermögen und zum Schluss über die Laufende Rechnung befunden. In einer Schlussabstimmung soll dann der Voranschlag 1997 genehmigt und der erforderliche Steuerfuss festgesetzt werden.

EINTRETENSDEBATTE

RPK-Präsident Werner Brühlmann weist auf die Probleme im Finanzhaushalt hin:

- Wachsende Ausgaben stehen dem stagnierenden Ertrag gegenüber.
- Zu hohe Investitionen und damit verbunden: ein grosser Abschreibungsbedarf.
- Gewaltiges Fremdkapital (ca. 100 Mio), das jährlich über 6,5 Mio. Franken Zinsen verschlingt.
- Grottesker Steuerkraftausgleich in der Grössenordnung von Fr. 7,4 Mio.

Zudem droht eine zusätzliche Lastenabgeltung an die Stadt Zürich und unsere demografische Entwicklung ist Basis für eine eher ungünstige finanzielle Prognose.

Trotz einem Aufwand-Überschuss in der laufenden Rechnung von Fr. 12.2 Mio., ohne zusätzliche Abschreibungen im Gemeindegut immer noch Fr. 4.2 Mio. (und nicht Fr. 2.0 Mio.), beantragt der Stadtrat den Steuerfuss unverändert auf 96% beizubehalten. In Erwartung der Grundstück-Gewinnsteuer vom Serva-Areal und bald steigenden Erträgen vom Bankverein könne dies beantwortet werden.

Weitere Bemerkungen:

- Der Voranschlag 1998 sollte der letzte gewesen sein, der unausgeglichen vorgelegt wird (die Grenze mit einem Minus von 13 (bzw. 39) Steuerprozenten ist massiv überschritten).
- Auf einen Rückweisungsantrag wird nur aufgrund der speziellen Situation verzichtet (Neuwahlen 98 und Ersatz einiger Finanzexponenten).
- Die RPK ist enttäuscht, dass die letztjährige Reduktionsübung sorglos überkompensiert wurde.



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

- Die RPK empfiehlt die Erstellung eines Sanierungsplanes. Dies nicht als Alibiübung, es soll aufgezeigt werden, wie der Finanzhaushalt durch Ausgabenreduktion und Leistungs-Abbau oder Leistungs-Verlagerung saniert werden kann. Es ist alles daran zu setzen, dass ein vereinbarter Plan auch umgesetzt wird.

Die RPK dankt allen, welchen am Voranschlag mitgewirkt haben und beantragt "Eintreten" auf den Voranschlag.

RPK-Mitglied Christian Grasser vergleicht den Voranschlag 98 mit der Rechnung 96 und stellt fest, dass die Abweichungen, vor allem im Sozialamt und in der Finanzabteilung, gross sind. Sie werden jedoch grösstenteils durch Auflagen begründet. Die Finanzen sind trotzdem nicht in Ordnung. Die Selbstfinanzierung ist erschreckend tief, das Fremdkapital sehr hoch und die Zielsetzungen im Bereich des Reinvermögens zeigen auch keine langfristige Perspektiven auf. Das Prinzip "Hoffnung" muss verlassen werden. Es müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Für Wunschbedarf ist zur Zeit kein Spielraum vorhanden. Es müssen unbedingt langfristige Ziele erarbeitet werden.

Finanzvorstand Karl Pfister erwähnt, dass er seit 1990 auf die Anzeichen aufmerksam machte, dass der Finanzhaushalt in ein Ungleichgewicht fällt, da sich Mehrausgaben und Mehreinnahmen nicht mehr die Waage halten. Alle haben sich durch ein Wachstumsdenken leiten lassen und zur heutigen Situation beigetragen. Es gibt drei Sanierungsmöglichkeiten:

1. Kräftiges Sparen bei der laufenden Rechnung
2. Einnahmen erhöhen (Tarife, Gebühren, Verursacherprinzip)
3. Steuerfuss

Die ersten beiden Möglichkeiten werden nicht ausreichen, um den Finanzhaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Der Steuerfuss ist daher im Finanzplan ein Thema.

Auch Karl Pfister dankt allen für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit dem Voranschlag 1998 und beantragt "Eintreten".

Florian Caprez, Sprecher der SVP, ist erstaunt über den Voranschlag des Stadtrates und hat den Eindruck, dass der Gemeinderat einmal mehr nicht ernst genommen wird. Die Schuldenlast wird 1998 100 Mio. Franken übersteigen. Betreffend Finanzausgleich sollte der Stadtrat beim Kanton vorstellig werden. Für die Zukunft muss unbedingt eine realistische Finanzplanung erstellt werden. Ziele und Visionen müssen revidiert werden. Neben der Verminderung des Aufwandes müssen auch die Erträge steigen. Nächstes Jahr wird die SVP nur ein ausgeglichenes Budget akzeptieren.

Brigitte Schwyzer erklärt, dass auch die CVP eine Rückweisung diskutiert hat. Der Sparwille ist zu klein (löbliche Ausnahme: die Schule). Hingegen sind die Möglichkeiten zum Teil auch recht gering, da Vorgaben und Auflagen diesen Spielraum klein machen (z.B.: Sozialamt). In der Zukunft muss auch über eine Steuerfusserhöhung diskutiert werden.



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

Auch der FDP-Sprecher, Valentin Perego, ist sehr enttäuscht über das Budget des Stadtrates. Dieser hat den Ball des Gemeinderates nicht aufgenommen und gleich überkompensiert (obwohl der Gemeinderat die Rolle des "Bösen" übernommen hätte). Dass die hohe Steuerkraft von Opfikon weiterhin vorhanden ist, ist eine Tatsache. Daher sollte nicht der Kanton angegangen werden. Lösungen müssen in den eigenen Grenzen gesucht werden. Die FDP verzichtet nur auf Grund der speziellen Situation auf einen Rückweisungsantrag. 1998 wird sie aber nicht mehr davor zurückschrecken.

Für die EVP/GV-Fraktion spricht Pia Bättig. Die Finanzlage wird sich in der nächsten Zeit nicht verbessern. Die Schule spart zum Beispiel, obwohl dort neue Wege nötig sind (Halbklassen, Förderung Begabter usw.), was mit Kosten verbunden wäre. Es wären auch Investitionen nötig, um Opfikon wenigstens noch einigermaßen attraktiv zu behalten. Die Steuern werden aber (mit Rücksicht auf Gewerbe und Industrie) tief gehalten. Langfristig sind dies keine Lösungen. Auch die Steuern werden ein Thema werden.

Janez Zekar (Sprecher der NIO) stellt fest, dass wieder ein Millionendefizit ausgewiesen wird. Die Stadt ist eine eigentliche Geldvernichtungsmaschine. Seit Jahren wird diskutiert, gejammert und Bedauern geäussert. Aber niemand handelt. Die RPK fordert einen Sanierungsplan, was die NIO seit zwei Jahren tut. Die NIO ist der Ansicht, dass auch in der heutigen, speziellen Situation Taten gefordert sind. Janez Zekar stellt daher folgenden Antrag:

"Das Budget 1998 ist mit folgendem Auftrag zurückzuweisen:

1. *Vorlegung eines differenzierten Sanierungsplanes (ohne lineare Kürzungen)*
2. *Laufende Rechnung ausgleichen (ohne a.o. Abschreibungen)*
3. *Dies mit der Möglichkeit einer Steuerfusserhöhung bis max. 100%."*

Werner Erni (FDP) stellt einen weiteren *Ordnungsantrag um Unterbruch der Sitzung für Beratungen der Fraktionen.*

Der Antrag von Werner Erni wird mit grossem Mehr (eine Gegenstimme) gutgeheissen.

Die Sitzung wird von 19.40 - 19.50 unterbrochen.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger hofft, dass auf das Budget eingegangen wird, da sich der Stadtrat - trotz allen Vorwürfen - bemüht hat zu sparen. Er zitiert einen Brief der Direktion des Innern des Kantons Zürich (unterzeichnet von Dr. M. Notter), wonach eine Rückweisung des Voranschlages mit klaren Aufträgen verbunden werden muss (Wo, soll wieviel, eingespart werden? Wo, soll wieviel, mehr eingenommen werden?). Jürg Leuenberger bittet, dies zu berücksichtigen.



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

In der Folge äussern sich die Sprecher der SVP (Albert Steffen, Bruno Maurer), EVP/GV (Pia Bättig, Charles Kulli) und FDP (Valentin Pèrego) kritisch zum Rückweisungsantrag, obwohl dieses Budget dafür würdig wäre. Die Situation mit den Neuwahlen ist speziell und die Konsequenzen dieser Rückweisung wären nicht absehbar. Der Sanierungsplan wäre aber trotzdem wünschenswert.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 24 : 8 Stimmen abgewiesen.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen ist der Betrag (+ oder -) rechts aufgeführt. Auf die Zusammenfassung der Verhandlungen wird verzichtet. Kommentare und Aussagen für das Protokoll sind beim jeweiligen Konto aufgeführt.

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (Seiten 104-114)

20 Bauamt

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

25 Städtische Werke - Wasserwerk

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

26 Städtische Werke - Elektrizitätswerk

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

32 Sport- und Vereinsabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

35 Gesundheitsabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

61 Liegenschaften-Verwaltung

617 5030 132 Liegenschaften VV - Fr 500'000 --
Der Stadtrat ist mit diesem RPK-Antrag ein-
verstanden

65 Finanzabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt

**In der Schlussabstimmung wird der geänderten Investitionsrechnung im
Verwaltungsvermögen mit 30:0 Stimmen - bei 3 Enthaltungen - zuge-
stimmt.**

Investitionsrechnung im Finanzvermögen (Seiten 118-120)

90 Liegenschaften-Verwaltung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt

95 Finanzabteilung

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

**In der Schlussabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzver-
mögen mit 30:0 Stimmen - bei 3 Enthaltungen - zugestimmt.**

Laufende Rechnung (Seiten 10 - 99)

Zuhanden des Protokolls gibt der RPK-Präsident, Werner Brühlmann, folgen-
den Kommentar ab:

1. Dienstaltersgeschenke sind der heutigen Situation anzupassen und neu zu regeln, zumal sie mit dem neuen Steuerrecht ab 1999 voll steuerbar werden.
2. Personalkosten: Die Schule wurde bereits mehrfach gelobt. Es gilt jedoch bei den Einsparungen im Vergleich mit 1997 zu berücksichtigen, dass im Voranschlag 1997 die 3%-Lohnkürzung nicht mehr aufgenommen wurde

***.3001.** Tag- und Sitzungsgelder - Fr. 30'000.--
Der Pauschalantrag der RPK wird mit gros-
sem Mehr gutgeheissen. Kürzung linear über
alle Abteilungen.



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

**** 3170 ** Repräsentationskosten und Spesen - Fr 18'000 --
 Der Pauschalantrag der RPK wird mit grossem Mehr gutgeheissen. Primär Kürzung pro Abteilung auf das Niveau 1997, dann linear, bis Kürzung erreicht ist

10 Legislative und Exekutive

1020 3180 01 Stadtmarketing - Fr 15'000 --
 Der Stadtrat ist mit diesem Antrag einverstanden, da der Mitgliederbeitrag für Z-Plus nochmals unter 1520 enthalten ist

15 Präsidialabteilung

1520 3110 00 Anschaffung Büromobiliar - Fr 25'000 --
 Der Antrag der RPK wird mit 17 15 Stimmen - bei 1 Enthaltung - angenommen

20 Bauamt

2060 4340 00 Kanalisations-Benutzungsgebühren - Fr 529'000 --
 Der Stadtrat ist mit diesem RPK-Antrag einverstanden, da der Ertrag zu hoch eingeschätzt wurde.

Kommentar der RPK: Nach dieser Korrektur rechnet die Abwasserbeseitigung mit einem Nettoertrag von Fr 273'700.--, der der Spezialfinanzierung gutgeschrieben werden soll. Die Abwassergebühr wurde im September auf 201 % der Frischwassergebühr festgesetzt und ist vorläufig beizubehalten.

25 Städtische Werke

Kommentar der RPK zum Wasserverk. Das Wasserwerk hat seit 1.1.96 neben der "ordentlichen", eine Spezialfinanzierung aus Einnahmeüberschüssen aus der Investitionsrechnung. Daraus können die Nettoinvestitionen der Wasserwerke von Fr 729'000.-- vollumfänglich gedeckt werden. Der Nettoertrag aus der Laufenden Rechnung von Fr 125'900.-- wird der "ordentlichen" Spezialfinanzierung gutgeschrieben.

Kommentar der RPK zum Elektrizitätswerk: Das Elektrizitätswerk entnimmt der Spezialfinanzierung netto Fr 790'800.-- und schreibt Fr 440'500.-- ordentlich und Fr 1.5 Mio. zusätzlich ab.



SITZUNG VOM

8 Dezember 1997

30 Allgemeine Abteilung Jugend und Sport

- 3210 3650 12 **Beiträge an Ortsvereine** - Fr. 5'000 --
Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr
gutgeheissen.
- 3215 3180 00 **Dienstleistungen Dritter** - Fr. 45'000 --
Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr
gutgeheissen.

35 Gesundheitsabteilung

Kommentar der RPK: Die Abfallbeseitigung ab Seite 41 unter Konto 3560 und 3561 ist selbsttragend. Gemäss Voranschlag ist eine minime Entnahme aus der Spezialfinanzierung von Fr. 111'650 -- notwendig.

- 3575 3101 00 **Drucksachen und Publikationen** - Fr. 9'000 --
Der Antrag von Werner Erni (FDP) dieses
Konto zu streichen wird mit 18:11 gutge-
heissen.
- 3575.3170.00 **Repräsentationskosten und Spesen** + Fr. 14'100 --
Der Ergänzungsantrag von Priska Brühlhart
(NIO) wird mit 17:15 - bei 1 Enthaltung - gut-
geheissen.

Dieser Betrag wird eingesetzt für eine Präsentation der Stadt Opfikon am 23. August 1998 bei der Feier anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Flughafens Kloten. Dem Publikum soll aufgezeigt werden, wie die Lärm- und Schadstoffimmissionen (in der Luft und zu Lande) auf dem Gebiet der Stadt Opfikon v.a. in den letzten Jahren zugenommen haben. Es soll deutlich gemacht werden, dass die Lebensqualität der Bevölkerung ständig abnimmt und welche Probleme sich daraus für unsere Stadt ergeben und in Zukunft ergeben werden. Zu Gunsten eines für die Einwohner von Opfikon verträglichen Zusammenlebens mit dem Flughafen wird die Plafonierung der Flugbewegungen auf dem Stande von 1995 gefordert. Die Präsentation wird unter Beizug von professioneller Hilfe ausgeführt. **Der Antrag um Abstimmung unter Namensaufruf wird von 15 Ratsmitgliedern unterstützt und ist somit genehmigt.**

Die Abstimmung ergibt folgendes Bild:

Kurt Schwaighofer	CVP	Ja
Pia Bättig	GV	Ja
Christiana Brenk	NIO	Ja
Werner Brühlmann	FDP	Nein
Priska Brühlhart	NIO	Ja
Peter Bühler	FDP	Nein
Regina Bühler	SVP	Ja
Philippe Burkhardt	NIO	Ja
Florian Caprez	SVP	Nein
Walter Dietrich	NIO	Ja



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

Heinrich Eberhard	SVP	Nein
Werner Erni	FDP	Nein
Andreas Gadmer	FDP	Nein
Christian Grasser	NIO	Ja
Désirée Hanimägi	EVP	Ja
Luzia Höchli	SP	Ja
Charles Kulli	EVP	Ja
Beat Künzli	FDP	Nein
Bruno Maurer	SVP	Nein
Valentin Perego	FDP	Nein
Dieter Schlatter	LdU	Ja
Ernst Schmid	CVP	Nein
Ursula Schmid	EVP	Ja
Brigitte Schwyzer	CVP	Ja
Albert Steffen	SVP	Nein
Brigitta Steinemann	GV	Ja
Alois Steiner	SVP	Nein
Anton Steiner	CVP	Nein
Fritz Stoll	FDP	Nein
Daniel Trachsler	NIO	Ja
Guido Uboldi	FP	Nein
Janez Zekar	NIO	Enth.
Hans Zolliker	EVP	Ja

40 Polizei- und Wehrabteilung

4045.3140.99	Unterhalt Liegenschaften VV	- Fr.	2'000.-
	Der Antrag der RPK wird vom Stadtrat gutgeheissen, da der Boiler bereits 1997 ersetzt werden musst.		

45 Sozialamt

Kommentar der RPK: Seit 1988 steigt der Netto-Aufwand des Sozialamtes regelmässig jedes Jahr um durchschnittlich Fr. 450'000.-. Dieser Trend ist getragen von der Krankheits-Bekämpfung und neuerdings Kranken-Versicherung, von den Zusatzleistungen, dem Jugendschutz, der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe und der sozialen Wohlfahrt. Das Sozialamt ist die einzige Abteilung, die ihren Nettoaufwand in den letzten 10 Jahren verdreifacht hat.

Kommentar Fritz Stoll (FDP) zum Hochhaus der Alterssiedlung. Die Situation des Umbaus wurde in der Laufenden Rechnung zuwenig berücksichtigt. Es wurde budgetiert, als ob das Haus normal in Betrieb ist. Dies ist für das Budget 1999 zu korrigieren.



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

- 4543.3131.99 Lebensmittel, Getränke + Fr. 70'000.--
Der Antrag von Fritz Stoll (FDP), den Lebensmitteleinkauf der Cafeteria den baulichen und personellen Aufstockungen anzupassen wird vom Stadtrat gutgeheissen.
- 4543.4350.00 Einnahmen Cafeteria + Fr. 170'000.--
Der Antrag von Fritz Stoll (FDP), die Einnahmen der Cafeteria den baulichen und personellen Aufstockungen anzupassen wird vom Stadtrat gutgeheissen.

50 Schule

Brigitte Schwyzer (CVP) erkundigt sich nach der Unfallversicherung, welche in Oberglatt gestrichen wurde (ist von der obligatorischen Krankenversicherung für Nichterwerbstätige gedeckt). Existiert hier eine Doppelversicherung?

Stadträtin Madeleine Roth erklärt, dass hier der Bereich "Unfall" ebenfalls gestrichen wurde. Für "Todesfall" und "Invalidität" wurde jedoch - auf Anraten des Beraters der Stadt Opfikon - die Versicherung beibehalten.

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

55 Übrige Behörden und Amtsstellen

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

60 Finanzabteilung - Steueramt

Der Abteilung wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

61 Finanzabteilung - Liegenschaften

- 6114.4100.01 Plakatgebühren APG - Fr. 17'000.--
Der Antrag der RPK wird durch den Stadtrat unterstützt, da der Ertrag erst ab Mitte 1998 ansteigen wird.

65 Finanzabteilung - Verwaltung

Kommentar der RPK: Wir bitten die Finanzverwaltung, die ordentlichen Abschreibungen gemäss den beschlossenen Veränderungen anzupassen (6550.3310.99; Ordentliche Abschreibungen; ca. - Fr. 50'000.--; ca. 10 % Reduktion Investitionsrechnung VV).

In der Schlussabstimmung wird der Laufenden Rechnung mit 26:0 - bei 7 Enthaltungen - zugestimmt.



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

SCHLUSSANTRAG UND FESTSETZUNG DES ERFORDERLICHEN STEUERFUSSES

RPK-Präsident Werner Brühlmann erklärt, dass die RPK sich der Meinung des Stadtrates anschliesst, dass für 1998 der Steuerfuss auf 96 % beibehalten werden soll. Sie ist weiter der Meinung dass:

- der Aufwand in der Laufenden Rechnung weiter reduziert werden könnte. Der personelle Aufbau bedarf noch der Genehmigung durch den Gemeinderat.
- die Investitionen ins Verwaltungsvermögen viel zu hoch sind.
- die Zinsanfälligkeit infolge des hohen Fremdkapitals sowie eine allfällige Abgeltung an die Stadt Zürich, ein hohes Risiko für den mittelfristigen Finanzbedarf bedeutet.
- in Anbetracht der mittelfristigen Finanzsituation und der hohen Risiken der Stadtrat einen Sanierungsplan erarbeiten sollte. Dabei sind Wege aufzuzeigen, wie der (Verwaltungs-) Aufwand (Personal- und Sachaufwand) massiv reduziert werden kann und wie Umverteilungsgelder minimiert werden können. Die Lösung ist nicht in der Form von höheren Einnahmen zu suchen.

Die RPK beantragt, *den Voranschlag 1998 mit den Änderungen zu genehmigen und den Steuerfuss auf 96 % festzulegen.*

In der Schlussabstimmung wird dem Voranschlag 1998 und dem Steuerfuss von 96 % mit 24:0 Stimmen - bei 9 Enthaltungen - zugestimmt.

Ratspräsident Kurt Schwaighofer dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für den Voranschlag und der RPK für die grosse, gewissenhafte Arbeit.



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

2. Genehmigung Voranschlag 1998 und Festsetzung des erforderlichen Steueransatzes

F 4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 7. Oktober 1997, der Rechnungsprüfungskommission vom 19. November 1997 und § 50 Ziffer 1 der Gemeindeordnung sowie der heutigen Beratungen -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 1998, mit einem mutmasslichen Netto-Aufwandüberschuss von ca. Fr. 12'000'000.-- wird genehmigt.
2. Es wird eine Gemeindesteuer von 96 % der einfachen Staatssteuer von ca. Fr. 31'562'500.-- erhoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Gesundheitskommission
 - Werkkommission
 - Baukommission
 - Fürsorgebehörde
 - Schulpflege
 - Finanzverwaltung (3 Originale)
 - Steueramt
 - Abonentendienst
 - EDV
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

Schluss der Sitzung

Ratspräsident Kurt Schwaighofer wünscht allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Die letzte Sitzung der Legislaturperiode 1994/98 wird am 26. Januar 1998 stattfinden.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Kurt Schwaighofer macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 9. Dezember 1997

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



SITZUNG VOM

8. Dezember 1997

Protokoll geprüft:

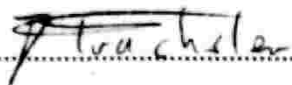
Datum:

Der Präsident:



11.12.97

Der 1. Vizepräsident:



15.12.97

Der 2. Vizepräsident:



15.12.97

c/grprot37

